

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Historisch-kritische Auseinandersetzung mit "Mein Kampf": Schulen und Lehrkräfte gezielt unterstützen**

**(Drs. 17/9827)**

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Besten Dank, Kollege Piazzolo. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Steinberger von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte sehr.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Worten werden Taten, wenn nicht rechtzeitig interveniert wird. Diese Lehre sollten wir alle aus dem Umgang mit dem Buch "Mein Kampf" ziehen. Aber lassen Sie mich zunächst einmal einen Blick in die Historie werfen.

Mit Jahresbeginn sind die Urheberrechte für Hitlers Hetzschrift "Mein Kampf" ausgelaufen. Wir GRÜNEN hatten schon im Jahr 2010 mit einer Anhörung die Diskussion darüber angestoßen, wie wir nach Ablauf der Urheberrechte mit dieser NS-Schrift umgehen sollten. Daraufhin forderte der Landtag dankenswerterweise bereits 2011 von der Staatsregierung ein Konzept zum Umgang mit dem Buch "Mein Kampf". Mit diesem Antrag war das Ziel verbunden, dieser Hetzschrift gut vorbereitet, offensiv, aufklärend und historisch-kritisch entgegenzutreten. Im Jahr 2012 wurde diese Absicht auf unsere Initiative hin untermauert.

Das Institut für Zeitgeschichte – IfZ – hat zu Beginn dieses Jahres eine kommentierte, kritische Ausgabe von "Mein Kampf" vorgelegt, deren Präsentation von großem medialen Interesse begleitet wurde. Dem medialen Interesse folgte großes Interesse der Bevölkerung. Die Verkaufszahlen übertrafen die Erwartungen des IfZ deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, umso wichtiger ist es, dass gerade unsere Lehrkräfte optimal darauf vorbereitet sind, sich gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern historisch-kritisch mit Hitlers Hetzschrift und deren Rolle für die Entwicklung der menschenverachtenden NS-Ideologie auseinanderzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verschiedene Lehrerverbände, zum Beispiel der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband und der Deutsche Philologenverband, haben sich in diesem Zusammenhang für eine offensive und historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift an den Schulen ausgesprochen und staatliche Unterstützung dafür eingefordert. Dieser Forderung ist die Staatsregierung bisher nicht nachgekommen. Entgegen der gemeinsamen Positionierung aller im Landtag vertretenen Parteien hat die Staatsregierung die Vorbereitung einer entsprechenden Handreichung durch die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Frühjahr 2013 gar gestoppt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erst zu Beginn dieses Jahres erklärte Kultusminister Spaenle, dass die Vorlage einer Handreichung für Lehrkräfte und pädagogische Multiplikatoren von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit nun doch geplant sei. So weit, so gut.

Da aber durch die ständigen Meinungsäußerungen der Staatsregierung viel Zeit verloren gegangen ist, um die Lehrkräfte in ihren Bemühungen um eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Hetzschrift zu unterstützen, ist das Kultusministerium nun dazu aufgefordert, dieses Versäumnis nachzuholen und dem Landtag über die entsprechenden Schritte zu berichten.

Der kritischen, historisch fundierten Auseinandersetzung mit dem Buch "Mein Kampf" dürfen sich die Schulen – insbesondere angesichts der derzeitigen medialen Aufmerksamkeit – nicht entziehen. Wir schätzen zwar die Verführungswirkung dieses Buches auf die heutige Jugend als gering ein; dieses Buch bietet aber ein erschreckendes Beispiel dafür, wie eine menschenverachtende Ideologie entwickelt und begründet worden ist. Anhand dieses Beispiels kann sehr gut vermittelt werden, dass Ideologien, insbesondere solche vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums, an den Worten gemessen werden müssen. Aus Worten folgen Taten, wenn nicht rechtzeitig interveniert wird. Nie war diese Einsicht so wichtig wie heute. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Buch im Unterricht ist deshalb von eminenter Wichtigkeit.

Wir werden allen Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)